sind dafür, die gemeinsamen Probleme aufzugreifen und an deren Lösung gemeinschaftlich zu arbeiten, wie z. B. beim Kampf um faire Wettbewerbsbedingungen mit der Verankerung von Sozialklauseln im internationalen Handel gegen Sozial- und Ökodumping einschl. Kinderarbeit und Verletzung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten. Dabei geht es uns aber nicht, wie uns oft unterstellt wird, darum, den Globalisierungsprozeß im Welthandel aufhalten zu wollen, wir wissen sehr wohl, daß wir gegen den Weltmarkt keine Mauer errichten können, aber richtig kann doch eigentlich nur sein, durch gemeinsame Projekte eine gemeinsame, beiden Seiten nutzbringende Wirtschaftsbeziehung aufzubauen.

Heute leben in Deutschland viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Wohlstand, der für frühere Generationen unvorstellbar war, aber zugleich erfahren immer mehr Menschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und Demontage von sozialen Leistungen, die als gesichert galten.

Auf einem Beschäftigungsgipfel im April 1997 in Berlin wollen wir als Gewerkschaften gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Arbeitgeberverbänden, aus Kirchen, den Frauen-, Jugend-, Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden aus den Kommunen sowie aus der Wissenschaft und den Medien wirksame Ansatzpunkte für eine Beschäftigungspolitik, die den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit Rechnung trägt, zusammentragen und sie hinsichtlich der möglichen Umsetzbarkeit diskutieren und dann natürlich nach Möglichkeit auch umsetzen.

Ich erlaube mir, abschließend den Wunsch zu äußern, daß die Erkenntnisse der vergangenen zweieinhalb Tage nicht nur theoretische Aufarbeitung einer vergangenen Epoche und der Zwischenbilanz Aufbau Ost bleiben, sondern zu einem zukunftsfähigen Konzept zur Lösung der dringendsten Probleme in unserem Lande beitragen mögen. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank Frau Keller, wir möchten die Diskussion im Anschluß an die Podiumsrunde führen, und ich darf deswegen jetzt Herrn Professor Maier bitten, seinen Beitrag zu liefern.

Prof. Dr. Jörg Maier: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren, zunächst einmal meinen herzlichen Dank, daß Sie mich zu dieser Veranstaltung eingeladen haben. Ich denke, wenn ich das Programm richtig gelesen habe, ist mein Part darin bestehend, auf die regionalwirtschaftliche Seite Bezug zu nehmen und vielleicht eine Antwort auf die Frage zu geben, wo gibt es besonders dynamische Bereiche, wo gibt es besondere Problemräume innerhalb der neuen Bundesländer? Das ist ja ein Thema, das Sie immer wieder angesprochen haben.

Was ist der Anlaß, daß jemand aus einer süddeutschen Universität zu dem norddeutschen bzw. mitteldeutschen Raum referiert? Die Antwort ist ganz einfach. Wir haben eine Vielzahl von kommunalen und regionalen Entwicklungskonzepten in Thüringen, in Sachsen und in Mecklenburg durchgeführt. Von

der unteren Ebene, also von den Kommunen her, versuche ich, Ihnen aus dieser Sicht eine gewisse Aussage in Verbindung mit gesamtwirtschaftlichen Daten auf der Ebene von Kreisen zu präsentieren.

Zweite Vorbemerkung: Ich halte bei der Betrachtung für ganz wichtig, wenn man an die Kommunen und die Bemühungen vor Ort in den Gemeinden und bei den Betrieben denkt, daß wir uns vor Augen halten, daß regionalwirtschaftliche Entwicklungen zu einem sehr hohen Anteil, d. h. mindestens zu 50 % von Psychologie, durch Erwartungshaltungen, durch Hoffnungen, durch Einstellungen, durch Vorurteile geprägt werden. Ich denke, daß diese Tatsache für uns alle wesentlich ist. Ich komme ebenfalls aus einem Grenzraum. Es ist wichtig, daß wir uns darüber im Klaren werden, daß, wenn ein Mensch sich Krankheiten einredet, sich jeden Tag Negatives einredet, er dann krank wird. Das gleiche gilt für Regionen. Wir plädieren daraufhin zu sagen, daß wir das, was wir an Erfolgen vorzuweisen haben, auch entsprechend darstellen und vermarkten müssen. Damit müssen wir der Bevölkerung vor Ort über die Erfolge, trotz aller Kritik und kritischen Auseinandersetzungen mit den Problemen, Mut machen.

Dritte Vorbemerkung: Es gibt regional gesehen ohne Zweifel Bereiche, die relativ gesehen eine schon sehr günstige Entwicklung mitmachen, wo es neuen Aufschwung gibt, wo es neuen Mut gibt, wo auch Bereitschaft vorhanden ist, etwas umzusetzen und die auch günstige Voraussetzungen dafür haben. Ich werde Ihnen das nachher auch gleich zeigen. Andererseits gibt es Räume, in denen eben sehr hohe Probleme vorherrschen, die auch mittelfristig kaum zu bewältigen sind. Diese Situation deutet darauf hin, daß wir aus der Sicht der Regionalpolitik dafür plädieren, regional differenzierte Programme durchzuführen. Wo immer eine solche Möglichkeit besteht – die Länder wie Sachsen und Thüringen betreiben das ja schon sehr intensiv – sollte eine regional differenzierte Regionalpolitik betrieben werden, um sich nicht von Generalkonzepten verwirren zu lassen. Die Antwort dazu heißt regionales Marketing. Die Regionen, die wir betreuen, sollen sich so darstellen, daß sie ihre Vorteilswerte und Stärken präsentieren und damit den Hinweis geben, daß es hier Chancen für neue Ansatzpunkte gibt. Nun mag man dies insoweit abtun, weil unsere Schwerpunkte in Thüringen und Sachsen liegen und die Bedingungen dort ohne Zweifel günstiger sind, wie in manch anderen der neuen Länder, wo der Strukturbruch einfach gravierend ist, sei es im Bereich der Landwirtschaft oder auch und insbesondere im Bereich der Industrie.

Diese regionale Differenzierung kommt in der Abbildung (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 7) zum Ausdruck. Sie finden hier Angaben zum Stand März 1996. Die Situation der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe läßt die klassischen Strukturen erkennen, die wir historisch schon immer hatten: Ein sehr hoher Anteilswert in Thüringen und insbesondere in Sachsen, ausstrahlend nach Sachsen-Anhalt und je weiter wir nach Norden gehen, um so bescheidener ist der Anteilswert der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Das heißt, trotz der Deindustrialisierung, trotz erheblicher Rückgänge im